

Wien, Donnerstag, den 16. September 1926. Zweite Ausgabe

Internationaler Wohnungs- und Städtebaukongress.

Heute vormittag wurden im Festsaal der Hofburg die Beratungen über die Zweckmässigkeit des Ein- und Mehrfamilienhauses fortgesetzt. Den Vorsitz führte Bürgermeister Sellier (Suresnes). Es sprachen eine grosse Zahl von Fachleuten, sowohl der einen als auch der anderen Richtung. Ingenieur Liber (Budapest) berichtete über die Wohnhausanlagen in Budapest. Architekt Oerley (Wien) besprach die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien. Aus dem Deutschen Reiche nahmen einzelne Redner für den Siedlungsbau, andere wieder für den Hochbau Stellung. Es sprachen dazu Peus (Dessau), Paulsen (Berlin), Architekt Kieffer (Passau), Dr. Schäfer (Dresden), Baurat Richter (Westfalen), Dr. Weiss (Charlottenburg). Von den Engländern sprachen Raymond Unwin und Dr. Gibbon (London). Baurat Vecsei (Budapest) setzte die Vorzüge des Gesellschaftswohnhauses auseinander.

Nachmittags versammelten sich die Delegierten im Konzerthaus, wo unter dem Vorsitz Kay Hendriksen (Kopenhagen) eine Wohnungskonferenz abgehalten wurde. Stadtrat Weber (Wien) besprach die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes in Genf auf wohnungsstatistischem Gebiet. Die Wohnungsnot ist nach dem Krieg weit grösser geworden als je vorher. Der Bau der fehlenden Wohnungen stösst aber auf ungeheure finanzielle Schwierigkeiten. Es sei daher mehr als je Pflicht der öffentlich-rechtlichen Körperschaften die Bautätigkeit zu fördern. Früher haben sich diese Körperschaften darauf beschränkt durch Gasetze und beupolizeiliche Vorschriften auf den Wohnhausbau einzuwirken. Das sei heute ungenügend. Man müsse zur Tat schreiten und selbst bauen. Die Gemeinde Wien hat dies im grossen Umfang getan und wird ihre Bautätigkeit fortsetzen. Wenn auf diesem Kongress verschiedene Meinungen über die Zweckmässigkeit von Flachbau und Hochbau vorhanden sind, so darf nicht vergessen werden, dass das Hochhaus in der privaten Bautätigkeit immer nur als eine ganz gewöhnliche Ware betrachtet wurde. Es wurden ganz einfach Wohnhäuser gebaut ohne auf die Menschen, die diese Wohnungen besitzen, Rücksicht zu nehmen. Die privaten Bauherren haben eigentlich niemals soziale oder kulturelle Gesichtspunkte obwalten lassen. Für sie war nur die Verzinsung des aufgewendeten Kapitals entscheidend. Die öffentlichen Körperschaften müssen hier einen anderen Weg gehen. Die Gemeinde Wien versuche auf diesem Gebiet ihr Bestes zu leisten und sie sei dankbar für jede sachliche Kritik, die neue Wege weise.

An diese Ausführungen knüpfte sich eine rege Aussprache. Dr. Martin Wagner (Berlin) spricht sich für die private Bautätigkeit aus, ebenso Dr. Brück (Wien), der über die Rechtlosigkeit der Hausbesitzer spricht, die nur mehr die Last der Verwaltung des Hauses zu tragen haben, aber eigentlich nicht mehr als Eigentümer betrachtet werden können. Architekt Bernoulli (Bern) ist für die private Bautätigkeit. Senator Vinck (Brüssel) erklärt, dass die öffentlichen Körperschaften als die Wahrer öffentlicher Interessen den Wohnhausbau nicht der privaten Initiative überlassen dürfen. In Belgien sind sogenannte Treuhandgesellschaften gebildet worden, die Wohnhäuser errichten und von der Regierung subventioniert werden. Es sprechen noch Regierungsrat Dr. Kampffmeyer (Wien), Professor Gurlitt (Dresden), und Peus (Dessau). Gemeinderat Schleifer (Wien) begründet die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Mieterschutzes im Interesse einer Wohnkultur der breiten Schichten der Bevölkerung. Unwin (London) dankt zum Schluss dem Bundespräsidenten, der Regierung und dem Bürgermeister für die Gastfreundschaft. Es wurde dann nach einleitenden Worten des Stadtbaudirektors Ingenieurs Musil (Wien) ein Film über die Siedlungs- und Wohnbauten der Gemeinde Wien vorgeführt. Die Beratungen des Kongresses sind nunmehr beendet. Morgen werden die Teilnehmer städtische Wohnhausanlagen besichtigen.